



## Asyl ist Menschenrecht!

Von: DVF

Im Artikel 14 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung heisst es, dass jeder Mensch das Recht hat, Asyl zu ersuchen. Ob Asyl gewährt wird, hängt jedoch von den Gründen und der jeweiligen Asylpolitik eines Landes ab.

Aktuell wird die Zahl der Menschen die weltweit auf der Flucht sind auf 20 Millionen geschätzt, davon ca. 13 Millionen auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent.

Seite 2



## Bundesrat verhängt neue Zwangsmassnahmen gegen Iran

Der Bundesrat hat neue Zwangsmassnahmen gegen die Islamische Republik Iran verhängt. Die zusätzlichen Zwangsmassnahmen umfassen ein Lieferverbot für nuklearrelevanter Dual-Use-Güter wie gewisse Werkzeugmaschinen, ein Exportverbot für bestimmte Drohnen und Marschflugkörper sowie die Sperrung von Geldern und Vermögenswerten von weiteren zwölf iranischen Unternehmen und 13 Einzelpersonen.

Die Erfüllung iranischer Forderungen aus nicht mehr erlaubten Verträgen dürfen nicht erfüllt werden. Dabei geht es beispielsweise um Bankgarantien.

Der UNO-Sicherheitsrat beschloss die zusätzlichen Sanktionen, da Iran die Anforderung zur Aussetzung seines Nuklearprogramms nicht erfüllt hatte. Als Mitgliedstaat der UNO ist die Schweiz verpflichtet, die Beschlüsse des UNO-Sicherheitsrats durchzuführen.



Frauenrechtlerin zu Peitschenhieben verurteilt

Seite 3



Wirbel um Teheraner Polizeichef

Seite 4



Iranische Banken in der Krise

Seite 6



Wie die Zwangsverschleierung im Iran eingeführt wurde

Seite 7

## Asyl ist Menschenrecht!



### Asyl in Not

Im Artikel 14 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung heisst es, dass jeder Mensch das Recht hat, Asyl zu ersuchen. Ob Asyl gewährt wird, hängt jedoch von den Gründen und der jeweiligen Asylpolitik eines Landes ab.

Aktuell wird die Zahl der Menschen die weltweit auf der Flucht sind auf 20 Millionen geschätzt, davon ca. 13 Millionen auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent. Diese Zahl von 20 Millionen Menschen umfasst jedoch nicht die sog. Wirtschaftsmigration.

Das Asylrecht gehört zum Kanon der Menschenrechte, und zwar gerade deswegen, weil deren Missachtung Menschen keine andere Wahl lässt, als aus ihrer Heimat zu flüchten. Die Pflichten des Staates, die damit verbunden sind, werden international, nicht zuletzt durch die eigens geschaffenen Überwachungsgremien der Vereinten Nationen, des Europarates und der Europäischen Union, immer sorgsamer und weitergehender formuliert. Die Menschenrechte entwickeln global eine eigene Dynamik, obwohl wir von Schweiz her einen Abbau des Asylrechts haben.

Die Staaten der Europäischen Union wollen ihre Asylpolitik vereinheitlichen. Für Flüchtlinge ist mit der europäischen Harmonisierung im Asylrecht der Zugang zum Asylverfahren, d.h. die legale Einreise ins Zufluchtsland und die Gesuchsstellung an sich, in allen Ländern Europas bedeutend schwieriger geworden. Die EU-Staaten haben sich ausserdem verpflichtet zum Austausch ihrer Daten über Asylsuchende, zur Ausweisung von Asylsuchenden nicht nur aus dem eigenen Staat, sondern aus dem Vertragsgebiet, sowie zur Verhinderung der Wiedereinreise

Alle Staaten der Europäischen Union sind Unterzeichner der Genfer Flüchtlingskonvention, die in der Gefahr steht, in ihrer

menschenrechtlichen Substanz durch einengende Interpretationen ausgehöhlt zu werden.

Die Europäische Union (EU) betrachtet Flüchtlinge als Gefahr - und nicht als Menschen, die Schutz brauchen. "Abschottung, Abweisung, Auslagerung - das ist die Antwort der EU auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeer und an den Ostgrenzen. Vorschläge zum Schutz von Flüchtlingen und zur Beseitigung der Fluchtursachen aber gibt es nicht", kritisiert amnesty international. Die EU dürfe ihre menschenrechtliche Verantwortung beim Flüchtlingsschutz nicht auf andere abwälzen.

Es handelt sich hierbei um ein extrem schnelles Verfahren, wobei die Behörden entscheiden, dass auf ein Asylgesuch aus formellen Gründen nicht eingetreten wird. Die EU kennt den NEE nicht. Sie kennt jedoch beschleunigte Verfahren; die Rückweisung eines Antrags geschieht jedoch immer erst nach einer materiellen Prüfung, auch wenn dieses Verfahren einige Zeit in Anspruch nimmt.

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK), in Kraft getreten 1950, stellt eine Übersetzung in europäisches Recht der AEM dar. Die EMRK ist für die Schweizer Flüchtlingspolitik wichtig, da es manchmal möglich ist, gegen einen in der Schweiz begangenen Verstoß gegen diese Konvention in Strassburg (F, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) Klage einzureichen.

Bis vor kurzem gab es in der Bundesverwaltung ein Bundesamt für Flüchtlinge (BFF) und ein Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES). Ex-Bundesrat Christoph Blocher entschied sich dafür, dieser beiden Ämter zum Bundesamt für Migration ( BFM ) zu fusionieren, was dem korrekten Gebrauch der Begriff nicht gerade förderlich ist. Während in Wirklichkeit es nur die Möglichkeit gibt "von einem Gesetz ins andere zu wechseln".

Gewisse Personen erhalten kein Asyl in der Schweiz, können aber vorläufig im Land bleiben (Bewilligung F). Ca. 25% der Gesuchsteller erhalten das Recht auf vorläufige Aufnahme.



**Iran ist kein Rechtsstaat!**

Die vorläufige Aufnahme wird bewilligt, wenn eine Rückführung ins Ursprungsland des Gesuchstellers nicht möglich, nicht zulässig oder nicht zumutbar ist oder, wenn vier Jahre nach dem das Gesuch eingereicht worden ist, keine Entscheidung gefallen ist und eine Rückkehr eine "schwerwiegenden persönlichen Notlage" (Art.44 des AsylG in Verbindung mit Art. 14a des ANAG) bedeuten würde. Der Ständerat hat einer Gesetzesänderung zugestimmt, die die Bedingungen für die Erteilung einer vorläufigen Aufnahme massiv verschärft.

Wir beobachten mit Sorge die gegenwärtige Praxis des Bundesamtes für Migration, vermehrt Asylanerkennungen zu widerrufen. Damit revidiert das Amt seine eigenen Beschlüsse, mit denen es vor Jahren politische Flüchtlinge wegen Verfolgungsgefahr als asylberechtigt anerkannt hatte. Diese Behörde betätigt sich zunehmend als Amt für die Aberkennung von Asylberechtigungen.

Die DVF fordert die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken,

- dass innerhalb der EU und in der Schweiz keine Flüchtlingsgruppe zum Spielball diplomatischer Taktik und ökonomischen Geschachs wird wie das im Fall der DVF gegenüber dem menschenverachtenden Mullah-Regime des Iran geschehen ist;

- dass die auf rein politisch-exekutiver, nicht auf rechtlich-legislativer Entscheidung beruhende Bezeichnung dieser Organisationen als „lästig“ unverzüglich revidiert wird, weil ihre Folgewirkungen gravierend sind und zu massiven Menschenrechtsverletzungen führen können;

- dass alle Asyl-Widerrufsverfahren eingestellt oder revidiert werden, die unter Berufung auf die Bezeichnung „lästig“ mit dem Ziel eingeleitet worden sind, die Asyl- oder Aufenthaltsberechtigung aufzuheben;

- dass niemand in Auslieferungshaft gerät, bevor sein Verfahren rechtskräftig abgeschlossen ist und dass niemand an einen Verfolgerstaat ausgeliefert wird, weil damit gegen Verfassung,

Europäische Menschenrechtskonvention und Genfer Flüchtlingskonventionen verstossen würde.

Wir alle, die in die Schweiz leben, sind die Schweiz, unabhängig von unserer Herkunft, unserem Pass und unserem Aufenthaltsstatus. Wir stellen uns den BrandstifterInnen in den Weg, und kämpfen weiterhin für die Grundrechte aller. Zusammen gestalten wir diese Gesellschaft.

**Asyl ist unser Menschenrecht und kein Privileg**

**Demokratische Vereinigung der Flüchtlinge  
(DVF)**



19. April 2008

**Frauenrechtlerin zu Peitschenhieben verurteilt**



Erneut ist im Iran eine Frauenrechtlerin bestraft worden: Nahid Dschafari wurde wegen versuchter Störung der öffentlichen Ordnung zu einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten sowie zehn Peitschenhieben auf Bewährung verurteilt.

Dschafari war im vergangenen Jahr bei einer Versammlung vor einem Revolutionstribunal mit 32 weiteren Frauen festgenommen worden. Mit ihrer Anwesenheit wollten die Frauen ihre Solidarität für fünf Aktivistinnen bekunden, die wegen einer Demonstration für Gleichberechtigung vor dem Tribunal angeklagt waren.



**Iran ist kein Rechtsstaat!**

Wegen Teilnahme an der Versammlung war am Montag bereits die iranische Journalistin und Frauenrechtlerin Nasrin Afsali zu der gleichen Strafe verurteilt worden.

Die Führung in Teheran hat den Druck auf Frauenrechtlerinnen in den vergangenen Monaten erhöht. Mehrere wurden festgenommen, einige sind noch immer in Haft. Auch die führende Frauenrechtlerin Marsieh Mortasi Langrudi wurde im Februar verurteilt. □

## Weigerung der Feuerwehrleute, mit kochendem Wasser gegen Arbeiter im Iran vorzugehen



Beim einen Streik in der Firma Lastike Albors (Reifenhersteller) hat die Polizei versucht, diesen mit einer Gruppe von sechs Feuerwehrleuten

aufzulösen.

Laut der Nachrichtenagentur Dastranj haben diese Feuerwehrleute jedoch anstatt ihrem Befehl, kochendes Wasser auf die Menge zu richten, zu folgen, das Wasser einfach auf den Asphalt geleitet. Diese Feuerwehrleute wurden festgenommen und befinden sich nun im Gefängnis. □

## Sex-Affäre bei Teheraner Polizeichef!!



Der Teheraner Polizeichef – und oberste Moralapostel – Reza Zarei ist in einen handfesten Sex-Skandal verwickelt. Er wurde dabei beobachtet, wie er sich mit sechs nackten Prostituierten

vergnügte.

Der 46-jährige Zarei galt als „Saubermann der Islamischen Republik“. Sein erklärtes Ziel war es, in Teheran, dem „Sündenbabel“ des Landes, richtig aufzuräumen.

Die „Erfolgsliste“ des drahtigen Polizisten ist lang: Zarei liess – nach eigenen Angaben – 68 Geschäfte, die „unzüchtige“ Satellitenanlagen verkauften, schliessen und tausende Geräte, mit denen man

iranische Fernsehkanäle aus dem Ausland empfangen konnte, beschlagnahmen.

Auch 3000 Kaffeehäuser wurden „zur Hebung der öffentlichen Moral“ von Zarei zugesperrt. 113.454 iranische Frauen mussten Bussgelder zahlen, weil ihr Kopftuch zu locker und der Mantel zu knapp sass. 5700 der Übeltäterinnen, berichtete Zarei unlängst stolz, seien „zur Besserung“ in so genannte „Benimmschulen“ eingewiesen worden.

Nun hat es ihn selbst erwischt. Zarei wurde beobachtet, wie er sich in einer Privatwohnung mit sechs Prostituierten vergnügte. Die Damen, heisst es, hätten „nackt auf einem weichen Teppich“ gekniet. Der ehrenwerte Herr Zarei, spotteten Zeitungen, habe „offenbar mit ihnen gebetet“.

Der Polizeichef der iranischen Hauptstadt wurde nach diesem Intermezzo ins Teheraner Gefängnis gebracht, aus dem er – gegen Zahlung einer deftigen Kaution – inzwischen wieder entlassen wurde. □

## Eine Explosion in Schiraz und eine weitere politische Explosion in Teheran



Am Samstag, den 12.4.2008 kam es um 21:15 Uhr in einer vollbesetzten Moschee der iranischen Stadt Schiraz zu einer

Explosion. Diese Moschee gehört einer sehr radikalen Hisbollah - Gruppe, deren Anhänger von Ayatollah Mezbah Yazdi und Ahmadinejad unterstützt werden.

Jeden Samstagabend gibt es hier eine religiöse Trauerveranstaltung und die Teilnehmer sind Mitglieder der o.g. Gruppierung, darunter vorwiegend Basiji (religiöse Milizen).

Die Moschee ist sehr bekannt und spielt eine wichtige Rolle bei der Organisation von Aktionen der Basiji gegen Zeitungen, Demonstrationen von Arbeitern und Studenten, etc. An diesem Samstag wurde - wie auch an den Samstagen zuvor - gegen die religiösen Minderheiten der Bahaii und der Wahhabiten, einen sunnitischen Zweig des Islam, gehetzt. ➔

Kurz nach der Explosion verbreiteten sich zwei entgegengesetzte Berichte über dieses Ereignis. Während die landesweiten Medien versuchten, den Vorfall herunterzuspielen und bekanntgaben, dass es sich um einen Unfall handele, berichteten die lokalen Medien von Schiras sowie die Vertreter der Moschee wesentlich dramatischer. Sie behaupteten, dass ein Sprengstoffattentat stattgefunden habe und Polizei und Geheimdienst die Pflicht hätten, den Vorfall gründlich zu untersuchen.

Die Explosion in Schiraz hatte eine politische Explosion in der Regierung zur Folge. Die Fraktion der Kritiker von Ahmadinejad beschwerte sich lauthals über die falsche staatliche Berichterstattung, fragte nach den Schuldigen und kritisierte Versäumnisse bei der Sicherheit. Laut der Website Tabnak soll sich heute, am 14.4., eine Gruppierung der Wahhabiten zu einem Anschlag gegen die Moschee bekannt haben.

Hinsichtlich der Zahl der Verletzten und Toten gibt es überraschend widersprüchliche Aussagen. Normalerweise versammeln sich in dieser Moschee jeden Samstag bis zu 10.000 organisierte Gläubige. Am letzten Samstag befanden sich etwa 3000 Männer und 1500 Frauen vor Ort. Laut der Website Peiknet hat ein Augenzeuge mit dem Namen Seyed Mehdi Hosseini gesagt, dass mindestens 50 Personen getötet sowie hunderte verletzt worden seien. Die staatlichen Medien sprechen lediglich von 12 Toten und ca. 200 Verletzten.

Die jüngste Meldung aus der Gerüchteküche des Irans behauptet, dass es sich bei dieser Geschichte um einen Racheakt des ehemaligen Innenministers Hodschatoleslam Mostafa Purmohammadi handele, der erst vor wenigen Tagen entlassen wurde und einen Geheimdienst innerhalb des Geheimdienstes aufgebaut hat. □



### Iranische Banken in der Krise

Finanzanalysten des britischen Geheimdienstes MI6 haben ein grafisches Bild darüber erstellt wie sich die weltweite Finanzkrise auf die iranische Wirtschaft auswirkt.

Hinter des Regimes, im Zeichen des Überlebens der Regierung der islamischen Republik durch eine Kombination aus brutaler Unterdrückung und einem durch die Revolutionsgarden kontrollierten hocheffizienten Sicherheitssystem, gibt es immer mehr Anzeichen dafür, dass die Finanzkrise, die die Wall Street und den weltweiten Aktienmarkt erschüttert hat, auch begonnen hat sich noch stärker auf die iranische Wirtschaft auszuwirken.

Ein MI6-Bericht stellt fest: Der Grund für diese Situation ist klar. Das Regime besteht darauf eine wachsende Menge an Energie und Rohstoffquellen für sein Streben nach dem heiligen Gral der nuklearen Anreicherung abzuweigen und die daraus resultierenden UN-Wirtschaftssanktionen in Kauf zu nehmen, die diese Politik mit sich brachte. Das bedeutet, dass die Ajatollahs unfähig sind, die Ölraffinerien für heimische Zwecke zu erhalten.

### Inflation bei 19 Prozent

Aber die MI6-Analysten, die mit Informationen arbeiten, die teilweise aus Quellen von Regimegegnern im Iran kamen, zeigen, dass die wirtschaftliche Inflation des Landes jetzt bei 19 Prozent liegt und dass das Regime jedes seiner Wachstumsziele verfehlt hat.

Die Wähler gingen zu den Wahlen vor dem Hintergrund der Tatsache, dass etwa 30 Prozent der Tankstellen der Nation seit der Orgie von Gewalt und Zerstörung im letzten Jahr beim stärksten Ausbruch von gegen die Regierung gerichteten Protesten, die seit über einem Jahrzehnt über das Land schwappten, zerstört wurden.

### Regime in Panik

Die Protestierenden wurden von den Revolutionsgarden rücksichtslos behandelt. Niemand weiss wie viele von ihnen getötet oder ins Gefängnis gesteckt wurden. „Aber es gibt keinen Zweifel daran, dass die Unruhen das Regime in Panik versetzten. Das erste Anzeichen dafür war, dass Teheran kürzlich befahl, Einlagen im Wert von Millionen von Dollar von staatseigenen Banken in Europa und dem Fernen Osten abziehen. Mit dieser präventiven Massnahme möchte man verhindern, dass das Geld unter weiteren Sanktionen durch die UN eingefroren wird,“ enthüllte der MI6-Bericht. □

## Mullah AG gegen Mullah AG

Von Mathias Brüggmann

Der Iran erlebt einen „schleichenden Putsch“. Die Revolutionsgarden von Präsident Achmadinejad verdrängen die Kleriker von der Macht. Grosse Teile von Irans Wirtschaft kontrollieren die Paramilitärs bereits.

Es gibt etwa 120 religiöse Stiftungen im Iran. Doch die vorherrschende Stellung der Stiftungen in Irans Wirtschaft ist bedroht – von den Revolutionsgarden (Pasdaran) von Präsident Mahmud Ahmadinejad. Seit der 2005 die Macht übernahm, drängt er die bisher fast allmächtigen Stiftungen aus vielen Geschäften und schant den Revolutionsgarden, denen er selbst einst als Kommandeur diente, einen Grossauftrag nach dem anderen zu.

In der Wirtschaft verdrängen Ahmadinejads paramilitärische Revolutionswächter mit ihren Konzernen die Kleriker mehr und mehr von den Schaltstellen.

Der Teheraner Politologe Davoud Bovand nennt diese Machtübernahme einen „schleichenden Militärputsch“.

Auch politisch haben es die Pasdaran längst geschafft: 13 von 21 Ministern im Kabinett von Präsident Ahmadinejad sind – wie er selbst – Ex-Kommandeure von Einheiten der Revolutionsgarden. Dafür sitzt kein einziger prominenter Imam mehr in der Regierung.

Seit Ahmadinejads Amtsantritt vor fast drei Jahren wächst die Wirtschaftsmacht der Radikalen. Auch vor Gewalt schrecken die Pasdaran nicht zurück, um sich lukrative Geschäfte zu sichern: Rasend schnell näherte sich im August 2006 ein Militärboot der rumänischen Bohrplattform „Orizont“. Schüsse. Uniformierte Revolutionsgardisten stürmen die Bohrinself, Kalaschnikows im Anschlag.

Der rumänische Plattform-Chef Viorel Petcu kann gerade noch seine Firma GSP telefonisch erreichen, dann ist die Leitung tot. Wenige Tage später ist der Auftraggeber der rumänischen Ölbohrer seinen Status als grösster privater iranischer Ölförderer los – die Petrodollar-Millionen gehen von nun an die Pasdaran.

Das war der Einstieg der Pasdaran ins iranische Ölgeschäft. Kurz zuvor hatten sie schon einen Gasvertrag über 2,3 Milliarden Dollar vom Staat zugeschanzt bekommen und einen 1,3-Milliarden-


Dollar-Auftrag zum Bau einer Pipeline nach Pakistan. Heute kontrollieren die Revolutionsgarden ein weit verzweigtes Konglomerat aus Baufirmen, Tunnelgräbern, Asphaltierunternehmen, Ölbohrbetrieben, Banken, Autobauern und Handelsfirmen.

„Als Ahmadinejad antrat, hatten die Pasdaran kaum Firmen. Heute kontrollieren sie mindestens drei Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts der zweitgrössten Volkswirtschaft des Mittleren Ostens“, sagt Sayed Leylaz.

Der Ökonom ist verbittert über die Militarisierung der Wirtschaft und das, was ein deutscher Firmenvertreter in Irans Hauptstadt „die himmelschreiende Unprofessionalität der von den Pasdaran in Regierungsämter gebrachten Kader“ nennt.

Die Folge: Irans Wirtschaftsaufschwung mit Wachstumsraten von zuletzt regelmässig fünf Prozent pro Jahr stockt. „Die Wirtschaftsmaschine Iran hat dank des Ölpreisbooms in den vergangenen Jahren 500 Milliarden Dollar zusätzlich eingeworfen bekommen, doch sie stösst nur die gleiche Produktmenge aus“, sagt Ökonom Leylaz. „Die Fassade sieht noch gut aus, aber die Sanktionen des Auslands und eine vollkommen verfehlte Politik lassen nun das Mauerwerk bröckeln“, sagt der Unternehmensberater Albrecht Frischenschlager in Diensten von „Middle East Strategies“ in Teheran: „Die Inflation liegt auf Höchststand und das Wirtschaftswachstum real unter fünf Prozent.“

Schuld daran ist nach Ansicht der meisten iranischen Volkswirtschaftler Ahmadinejads irrwitzige Subventionspolitik: Statt wie andere Golfstaaten Öldollar in Stabilitätsfonds für schlechte Zeiten zu parken, plündert der Präsident die Kasse, schreibt trotzdem gewaltige Haushaltsdefizite – und die Subventionen pervertieren sein Versprechen, „die Ölmillionen auf die Tische der Armen“ zu bringen. Denn nun leert eine Inflation von rund 20 Prozent den Armen die Teller.

Die Pasdaran unterstützen die Konfrontation Ahmadinejads mit Westen, denn das garantiert eine maximale Konfrontation mit dem Westen und somit die grösstmögliche Mullah-Macht. 

## Wie die Zwangsverschleierung im Iran eingeführt wurde



Die Zwangsverschleierung der Frauen wurde mit der islamischen Revolution im Iran eingeführt. Nima Namdari hat dies in einer iranischen Frauen-Online-Zeitschrift untersucht. Der folgende Text beruht auf dessen historischer Untersuchung. Namdari ist mit der iranischen Frauenrechtlerin Nasrin Afzali verheiratet.

Am 16.1.1979 verliess der iranische König Mohammad Reza Pahlavi den Iran. Am selben Tag veröffentlichte die Zeitung Kayhan ein Interview mit Ayatollah Montazeri. Dieser erklärte das islamische Verständnis von „nackt“ sein, bedeute das Fehlen einer Kopfbedeckung. Er plädierte für den islamischen Hijab für Frauen und die Geschlechtertrennung. Ansonsten würde der Islam die „rechtmässigen“ Freiheiten gewährleisten.

Einer historischen Analyse von Nima Namdari zufolge wurde dieser Begriff „nackt“ seitdem in der „religiösen und revolutionären Literatur“ des Iran wiederholt aufgegriffen. Zunächst reagierten viele Frauen in Leserbriefen, die Kayhan damals noch abdruckte. Darin brachten säkulare iranische Frauen und Männer ihre Sorge zum Ausdruck, dass „verschleierte Frauen unverschleierte Frauen auf der Strasse beleidigten.“ Die Lage eskalierte schon in der revolutionären Phase, als der Schah ausgereist war, aber die Islamische „Republik“ noch nicht ausgerufen worden war. Kayhan wiederum veröffentlichte Auszüge aus Protestschreiben säkularer Organisationen, die sich beschwerten, dass manche „uninformierte Gruppen Frauen bedrohen, Mädchen mit Messer angreifen und ihre Kleidung anzünden und sie mit Säure bespritzen.“

Tatsächlich war Ayatollah Khomeini noch im Pariser Exil, als Kayhan am 21.1.1979 ein Interview

mit ihm veröffentlichte, in dem er sagte, dass es in der Entscheidungsgewalt der Frauen selbst liege, ob sie einen „Schleier anziehen“.

Der Ton der neuen Machthaber änderte sich schnell: Am 23.1.1979 veröffentlichte dieselbe Zeitung ein weiteres Interview mit Ayatollah Khomeini. Eine unverschleierte Frau führte das Interview. Die Interviewerin fragte: „Dass Sie mich ohne Kopfbedeckung empfangen, deutet doch darauf hin, dass die Bewegung eine fortschrittliche Bewegung ist. Glauben Sie, dass wir Frauen alle einen Hijab tragen müssen?“ Ayatollah Khomeini erwiderte: „Die Frauen werden frei sein zu studieren oder richtige Sachen zu tun. Sie werden aber daran gehindert werden gegen die Sitten zu verstossen.“

Am 1.2.79 kehrte Ayatollah Khomeini in den Iran zurück. Der gesellschaftliche Diskurs über Frauen änderte sich. Schon am 3.2.1979 wollte Khomeini Frauen und Männer getrennt empfangen, morgens Männer, abends Frauen. Nur wenige Intellektuelle wandten sich gegen die Aufhebung eines Familiengesetzes, das unter dem Schah eingeführt wurde. Für Parvin Ardalan, die kürzlich den Olof-Palme-Preis gewann, bedeutet die Aufhebung des damaligen Familiengesetzes die Aufopferung der Errungenschaften der Frauenbewegung für eine Islamisierung der Gesellschaft.

Die Skizzierung des historischen Verlaufs gibt Parvin Ardalan recht. Ausgerechnet ein Tag vor dem Weltfrauentag, am 7.3.1979, gab der „Revolutionsführer Khomeini“ den Befehl, dass „Frauen nicht nackt in islamischen Ministerien arbeiten dürfen.“ Frauen dürften zwar in staatlichen Bürokratien arbeiten, aber nicht ohne islamischen Hijab.“ Gleichzeitig wurde im staatlichen Fernsehen propagiert, der 8. März stünde in einer westlichen Tradition.

Auf den Strassen wurden Frauen immer mehr mit der Parole von islamitischen Männern und Frauen beschimpft: „Ja Rusari, ja Tusari“, was so viel bedeutet, wie „entweder Kopftuch oder ein Schlag auf den Kopf“. Iranische Frauen wurden immer häufiger auf offener Strasse angegriffen und mit Steinen beworfen.

Der Druck auf Lehrerinnen und Schülerinnen wuchs damit auch täglich. Es gab Demonstrationen und Kundgebungen. Der Ernst der Lage war für viele immer noch nicht sichtbar.



Homa Nateq, eine säkular und demokratisch orientierte Historikerin, sagte in diesen Tagen, dass die säkularen Frauen nichts gegen den Hijab hätten, sie seien lediglich gegen eine Zwangsverschleierung. Die Frauen sollten selber entscheiden, ob sie ihren Kopf bedecken wollen oder nicht.

Abas Amir Entesam, der Sprecher der provisorischen Regierung, 1981 unter dem Vorwurf der Spionage für die USA verhaftet, gehörte zu den Wenigen, die offiziell eine Zwangsverschleierung ablehnten, denn er pochte auf das Prinzip der Zwanglosigkeit im Islam.

Am 12. März berichtete Kayhan von Frauendemonstrationen gegen „staatliche 13 Punkte Verordnungen“, die die Zwangsverschleierung vorschrieben. Frauen aller Altersklassen protestierten, Studentinnen und Schülerinnen. Dennoch wurde das Kopftuchproblem auch weiterhin von laizistischen Intellektuellen als nebensächlich betrachtet.

Die Proteste liessen nach, da die provisorische Regierung von Basargan noch nicht die Zwangsverschleierung als staatliches Gesetz einführte. Laizisten und Khomeinisten wollten zunächst den grossen Feind besiegen.

Am 17. März berichtete Kayhan, dass ein junges Paar öffentlich ausgepeitscht wurde. Grund: Unkeusche Beziehung. Es war die Zeit der Ruhe vor dem grossen Sturm. Nun demonstrierten auch islamische Frauen für die Zwangsverschleierung. Qotbsadeh, der Leiter des staatlichen Fernsehens, kündigte die neuen Aufgaben der Medien an: Die Propagierung der islamischen Sitten. Die staatliche Zwangsverschleierung sollte langsam aber sicher eingeführt werden. Bis zur endgültigen Einführung der staatlichen Zwangsverschleierung gab es einen regelrechten Kulturkampf um den Schleier. Beispielsweise argumentierte die Anti-Hijab-Fraktion, eine Kopfbedeckung würde die Frau bei der Arbeit behindern. Die Islamisten argumentierten mit der Geschlechtertrennung. Wenn diese vollständig eingeführt werde, würden Frauen, wenn sie unter sich sind, auch mal den Schleier ablegen dürfen.

Die erste staatlich organisierte Geschlechtertrennung fand am 1.4.1979 statt, als Khomeini das Volk scheinbar per Referendum wählen liess. Es sollte sich für oder gegen die Monarchie

entscheiden, ohne zu wissen, was eine Islamische „Republik“ mit sich bringen würde. Wichtig war aber, dass Männer und Frauen, sich getrennt nach ihrem Geschlecht einreihen mussten, um zu wählen, an manchen Orten gab es sogar unterschiedliche Wahlurnen für Männer und Frauen.

Im Sommer 1979 verschärfte sich der Prozess der Zwangsverschleierung durch die staatlichen „Säuberungskomitees“. Sie „säuberten“ staatliche und nicht staatliche Institutionen, Medienanstalten etc.. Hojatoleslam Khodai forderte im Oktober 1979 Schülerinnen auf nur mit Kopftüchern in die Schule zu gehen. Frauen gingen mit Kopftüchern zur Arbeit, da sie ihre Arbeit nicht verlieren wollten.

Im Jahr 1979 wurden rund 600 Frauen, wegen angeblicher „sexueller Vergehen“ hingerichtet. Täglich wurden junge Menschen öffentlich ausgepeitscht.

Nima Namdari schreibt, dass das Modell der neuen revolutionären Kleidung für die Frauen, der lange Mantel, schon vor der Revolution von den revolutionären islamischen Bewegung der Volksmudschahein eingeführt worden war. Diese Uniform wurde sogar von Einheiten der Revolutionsgardisten übernommen. Es galt nicht nur das Wort des charismatischen Führers Ayatollah Khomeini, auch revolutionäre islamische Intellektuelle, wie Ali Schariati, haben das Bild der revolutionären verschleierten Frau geprägt. Die islamisch-republikanische Partei wählte den Geburtstag von Fatima Zahra, jüngste Tochter des Propheten Mohammad, zum Tag der Frau. Fatima war schon für Ali Schariati das Vorbild der islamischen Frau.

Das Kopftuch wurde ideologisiert und war in der Tat auch ein Zeichen der Loyalität zur neuen Herrschaft. Frau Zahra Rahnaward war der intellektuelle Kopf der neuen islamischen Frau. Unter dem Schah trug sie keine Kopfbedeckung, nun propagierte sie das Kopftuch bis zum Erscheinen des Messias. Sie predigte auch, dass das Nicht-Tragen von Kopftüchern das Zeichen für die Nicht-Befolgung der revolutionären Ziele sei.

Schon im Sommer 1979 galt die Nicht-Bedeckung der Haare der Frauen als ein Zeichen der Treue zum Schah. Und als am 5. November 1979 die provisorische Regierung von Basargan aufgab, war die Zwangsverschleierung endgültig ein historisches Faktum. 